

# Vorlesung Schweizer Politik



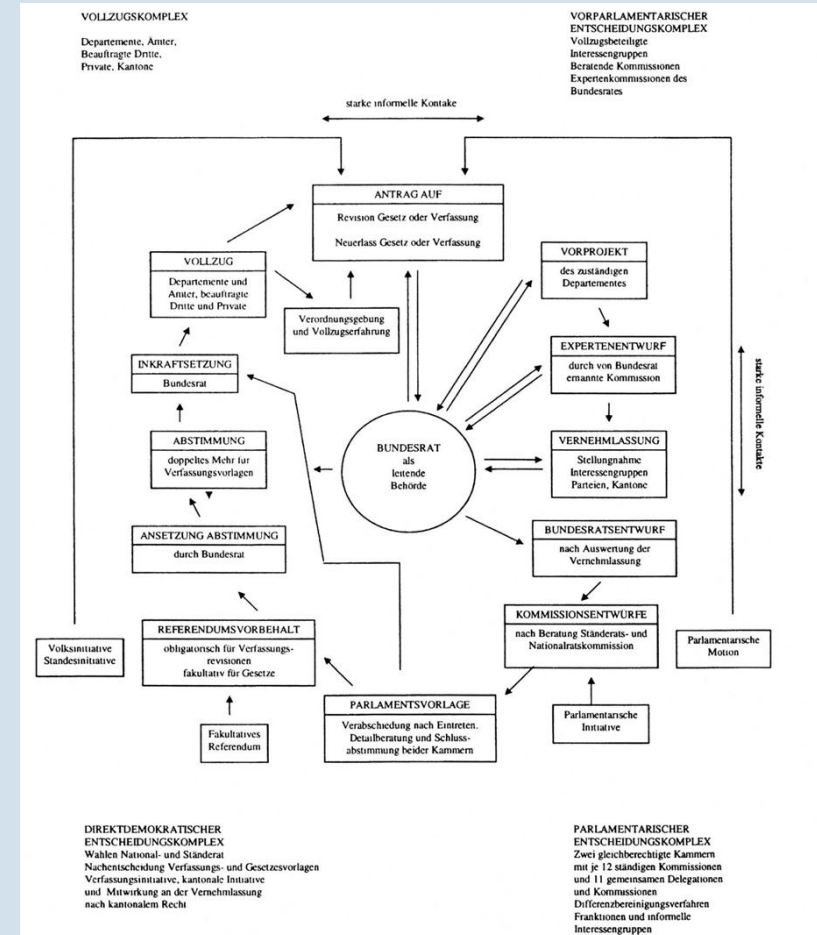
ENTSCHEIDUNGSPROZESSE

## Fragen am Anfang der Sitzung

- Wie gelangt ein Anliegen auf die politische Agenda?
- Wann setzt sich ein politisches Anliegen durch?
- Was versteht man unter Vollzugsföderalismus?

# Der politische Entscheidungsprozess beim Bund

- Vorparlamentarischer Entscheidungskomplex
- Parlamentarischer Entscheidungskomplex
- Direktdemokratischer Entscheidungskomplex
- Vollzugskomplex



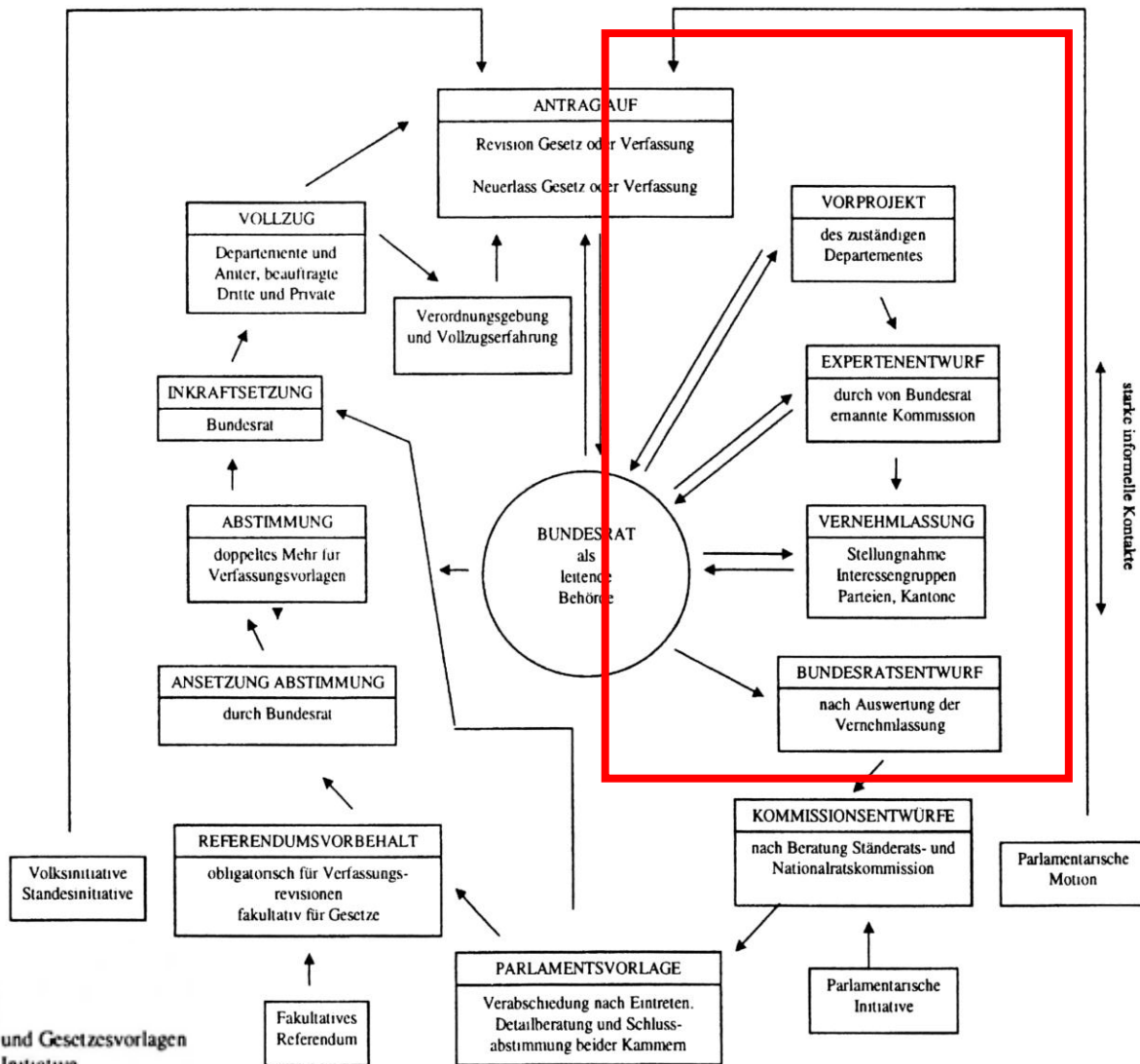
Quelle: Linder 2012

## VOLLZUGSKOMPLEX

Departemente, Ämter,  
Beauftragte Dritte,  
Private, Kantone

# Vorparlamentarischer Entscheidungskomplex

**DIREKTDEMOKRATISCHER  
ENTSCHEIDUNGSKOMPLEX**  
Wahlen National- und Ständerat  
Nachentscheidung Verfassungs- und Gesetzesvorlagen  
Verfassungsinitiative, kantonale Initiative  
und Mitwirkung an der Vernehmlassung  
nach kantonalem Recht



**VORPARLAMENTARISCHER  
ENTSCHEIDUNGSKOMPLEX**  
Vollzugsbeteiligte  
Interessengruppen  
Beratende Kommissionen  
Expertenkommissionen des  
Bundesrates

starke informelle Kontakte

**PARLAMENTARISCHER  
ENTSCHEIDUNGSKOMPLEX**  
Zwei gleichberechtigte Kammern  
mit je 12 ständigen Kommissionen  
und 11 gemeinsamen Delegationen  
und Kommissionen  
Differenzbereinigungsverfahren  
Fraktionen und informelle  
Interessengruppen

# 1. Vorparlamentarischer Entscheidungskomplex

1. Anregungen von «ausen» (Standesinitiative, Volksinitiative) oder von «innen» (parlamentarische Motion).
2. Grundlagen für Verfassungsänderungen, Gesetze, usw. werden im zuständigen Departement und/oder in Expertenkommissionen erarbeitet.
3. Expertenentwurf geht in die obligatorische Vernehmlassung.
4. Auswertung der Vernehmlassung wird veröffentlicht.
5. Darauf aufbauend veröffentlicht der Bundesrat seinen Gesetzesentwurf in der «Botschaft des Bundesrates».
6. Er legt diesen der vorberatenden Kommission und danach dem Parlament vor (→ Parlamentarischer Entscheidungskomplex).

Wie gelangt ein Anliegen auf die politische Agenda?

## «Agenda-Setting»

- 1) Gesellschaftliche Akteure (z.B. Interessengruppen, soziale Bewegungen, Medien) versuchen, Probleme auf die politische Agenda zu setzen.
- 2) Staatliche Akteure bringen Thema direkt auf die politische Agenda.

Damit eine Thematik auf die politische Agenda kommt, braucht es:

- Genügend öffentliche Aufmerksamkeit
- Eine gewisse Anzahl Personen, die Aktion des politischen Systems fordern
- Die Regierung muss fähig sein, das Problem anzugehen

Wie gelangt ein Anliegen auf die politische Agenda?

«**Multiple-Streams-Ansatz**» von Kingdon (1984)

- Theoretischer Ansatz, um Änderungen in der Politik zu erklären.
- Ob ein Anliegen politisch aufgegriffen wird, wird von drei grundsätzlich voneinander unabhängigen Strömen beeinflusst: Problemstrom, Lösungsstrom, Prozessstrom
- Wenn die drei Ströme zusammentreffen, dann kann ein Thema aufgegriffen werden. → «Gelegenheitsfenster»  
«A situation where a problem is recognized, a solution is developed and available in the policy community, a political change makes the right time for policy change» (Kingdon, 1984: 174).
- Wichtige Rolle von Policy Entrepreneurs

# 1. Vorparlamentarischer Entscheidungskomplex

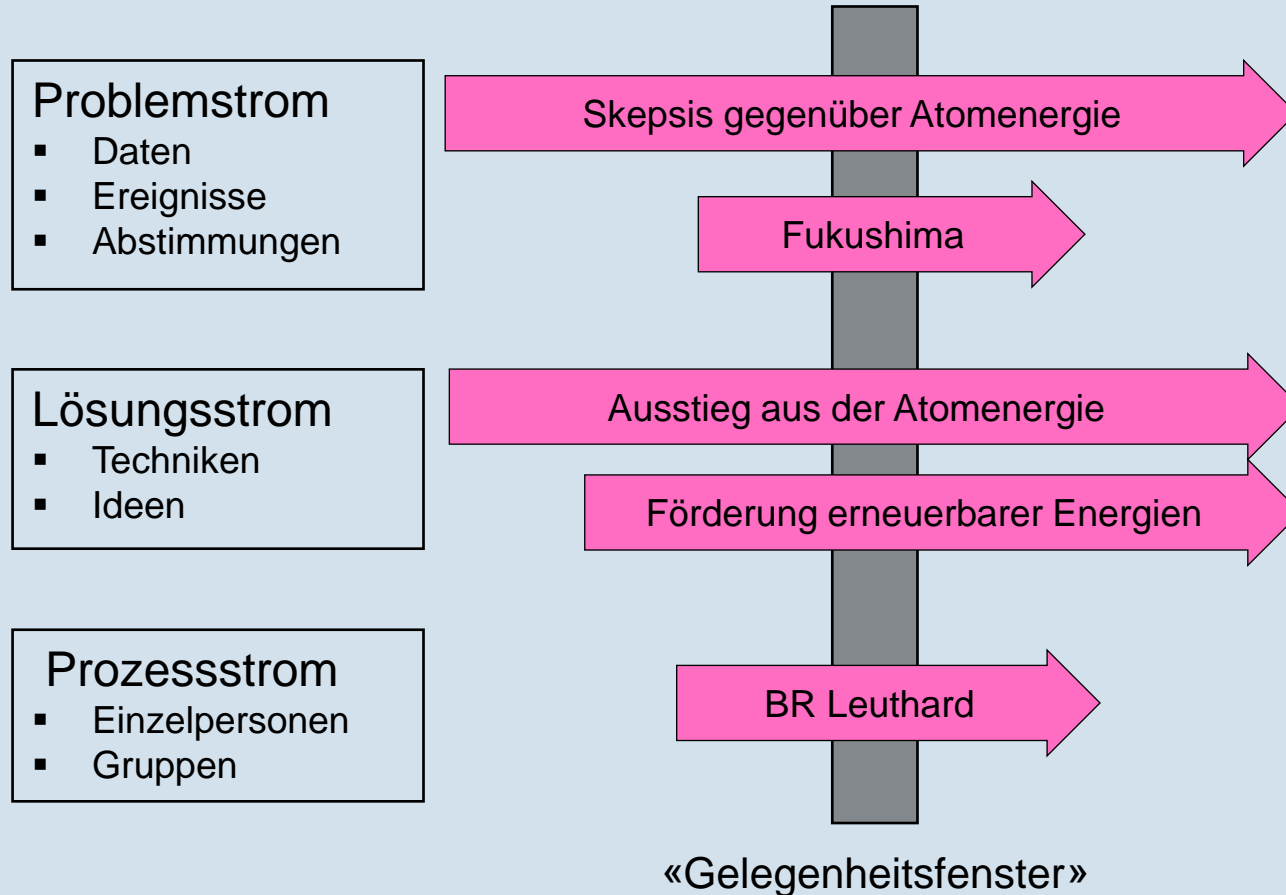
## Beispiel aus der Energiepolitik:

Wie der Atomausstieg (erneut) auf die politische Agenda gelangte ...

- Atomdebatte als zentraler politischer Konflikt seit den 1980er Jahren
- Reaktorkatastrophe in Fukushima am 11. März 2011
- Öffentliche Aufmerksamkeit steigt (Medien, Demonstrationen, usw.)
- Öffentlicher Druck steigt
- Forderungen nach Atomausstieg werden laut



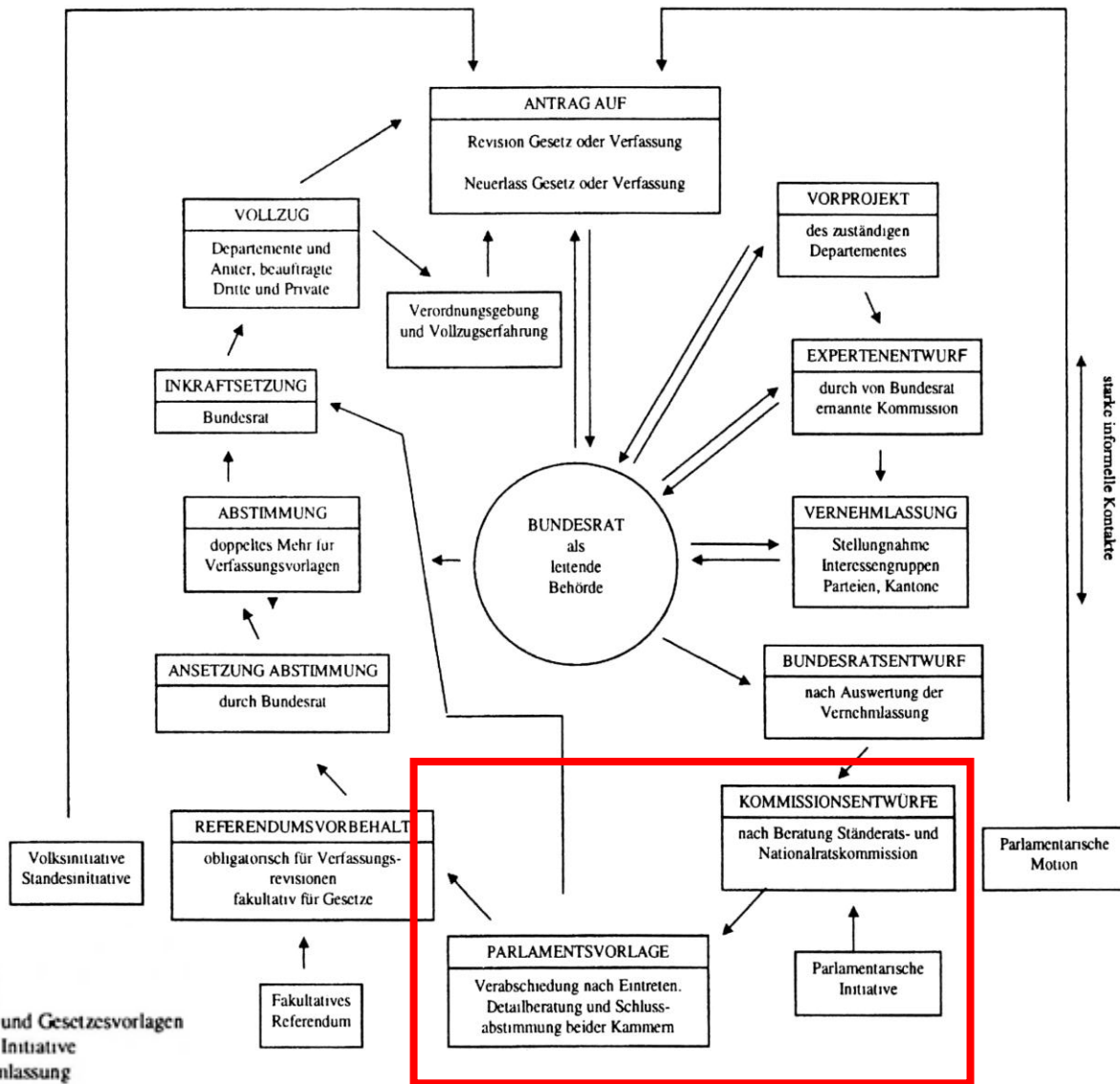
# 1. Vorparlamentarischer Entscheidungskomplex



Departemente, Ämter,  
Beauftragte Dritte,  
Private, Kantone

# Parlamentarischer Entscheidungskomplex

**DIREKTDEMOKRATISCHER  
ENTSCHEIDUNGSKOMPLEX**  
Wahlen National- und Ständerat  
Nachentscheidung Verfassungs- und Gesetzesvorlagen  
Verfassungsinitiative, kantonale Initiative  
und Mitwirkung an der Vernehmlassung  
nach kantonalem Recht



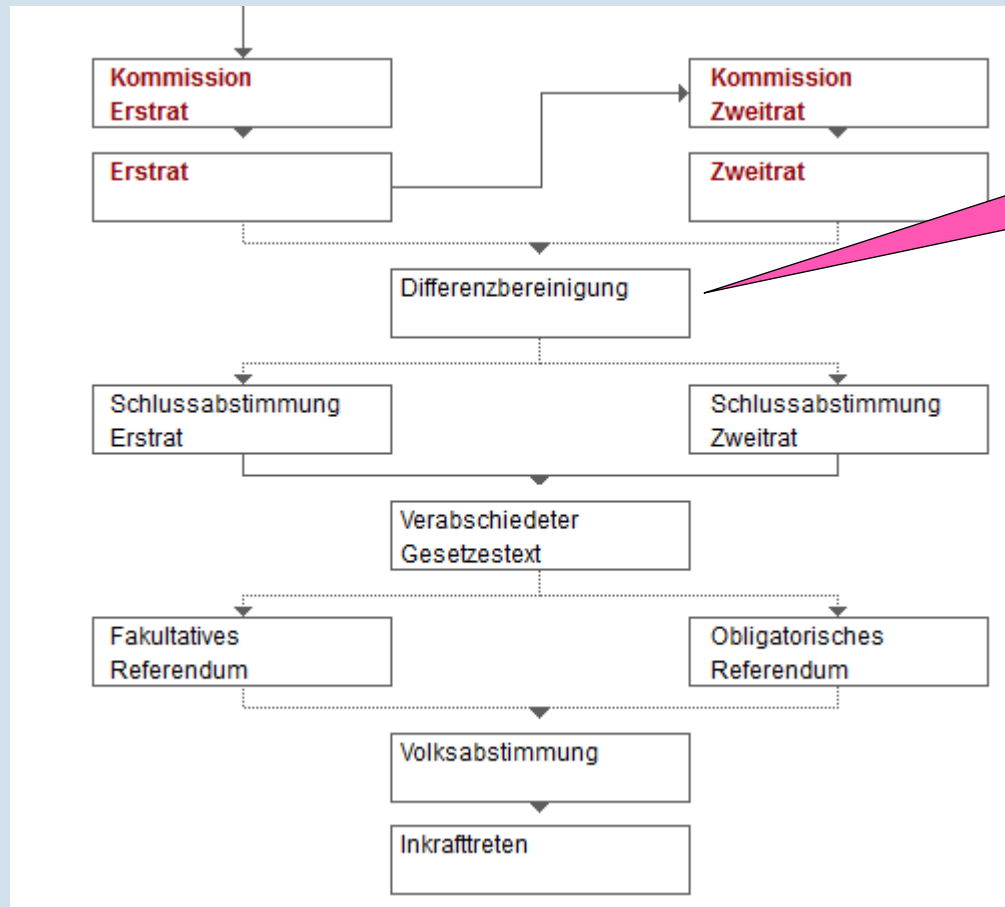
VORPARLAMENTARISCHER  
ENTSCHEIDUNGSKOMPLEX  
Vollzugsbeteiligte  
Interessengruppen  
Beratende Kommissionen  
Expertenkommissionen des  
Bundesrates

**PARLAMENTARISCHER  
ENTSCHEIDUNGSKOMPLEX**  
Zwei gleichberechtigte Kammern  
mit je 12 ständigen Kommissionen  
und 11 gemeinsamen Delegationen  
und Kommissionen  
Differenzbereinigungsverfahren  
Fraktionen und informelle  
Interessengruppen

### Prozess in der Bundesversammlung

- Zweikammersystem verlangt hohes Mass an Abstimmung und schafft hohe Legitimation (berücksichtigt Volk und Stände).
- Vorlage gelangt ins Plenum, wo eine Eintretensdebatte, die Detailberatung und die Schlussabstimmung in beiden Räten erfolgen.
- Beide Kammern behandeln die Vorlage und müssen sich in der Differenzbereinigung einig werden.
- Bestehen nach drei Beratungen in jedem Rat noch Differenzen, kommt das Geschäft vor die Einigungskonferenz.
- Können sich die Räte nicht einigen, kommt das Gesetz nicht zustande.

## 2. Parlamentarischer Entscheidungskomplex



Falls keine Einigung nach drei Beratungen in jedem Rat  
→ Einigungskonferenz

## 2. Parlamentarischer Entscheidungskomplex

### Ständerat will Import statt Haltung von Delphinen verbieten

Stöckli schafft bewusste Differenzen zu «Lex Conny-Land»

Schweiz 14. März 2012, 09:27



Nach dem Nationalrat hat sich am Mittwoch auch der Ständerat mit der Haltung von Delphinen beschäftigt. Im Unterschied zur Grossen Kammer hat er sich jedoch gegen ein Verbot der Haltung ausgesprochen. Nach dem Willen des Ständerats soll nur der Import verboten werden.

### Nationalrat zementiert «Lex Conny-Land»

Schweiz 29. Mai 2012, 17:55



Delphine und Wale dürfen nicht mehr in die Schweiz importiert werden. Der Nationalrat ist bei der Differenzbereinigung zum Tierschutzgesetz auf die Linie des Ständerats eingeschwenkt. Damit dürfte es mittelfristig in der Schweiz keine grossen Tümmler mehr geben.

Wann setzt sich ein politisches Anliegen durch?

### «Lobbying»

- Versuch, durch die Pflege persönlicher Verbindungen Einfluss auf politische Prozesse zu nehmen.
- Ermöglichen von informierten Entscheidungen in der Politik.
- Wer als Lobbyist ins Bundeshaus will, muss durch einen Parlamentarier nominiert werden («Göttisystem»).
- Über 400 Personen haben (theoretisch) einen Badge zum Bundeshaus, ohne dass sie angeben müssen, welche Interessen sie vertreten.

## 2. Parlamentarischer Entscheidungskomplex

Ratsmitglied, Partei / Kanton Membre du Conseil, Parti / Canton Membro del Consiglio, Partito / Cantone	Zutrittsberechtigte Accrédités Accreditati	Funktion Fonction Funzione
Geissbühler Andrea Martina, SVP/BE	Geissbühler Michael	Gast
	Bundi Ryser Johanna	Verband Schweizerischer Polizei-Beamter
Genecand Benoît, PLR/GE		
Giezendanner Ulrich, SVP/AG	Kirchhofer André	ASTAG
Girod Bastien, GPS/ZH	Barnettler Franziska	Wirtschaftsverband swisscleantech
	Hofstetter Patrick	WWF Schweiz
Glanzmann-Hunkeler Ida, CVP/LU	Graf Guido	Regierungsrat des Kantons Luzern
	Glanzmann Jonas	Gast
Glarner Andreas, SVP/AG		
Glättli Balthasar, GPS/ZH	Staudenmann Jürg	Alliance Sud
	Behrens Miriam	Schweizerische Flüchtlingshilfe
Glauser-Zufferey Alice, UDC/VD	Ziehli Yohan	Collaborateur(rice) personnel(le)
	Simon Paul-André	Invité(e)

Quelle: <https://www.parlament.ch/centers/documents/de/zutrittsberechtigte-nr.pdf>



## 2. Parlamentarischer Entscheidungskomplex

### Anzahl deklarierte Funktionen

Alle	409
Persönliche Mitarbeiter	58
Gast	48
Politisches (Parteien, Kantone)	34
Wirtschaftsdachverbände	31
Consulting & PR	30
Umwelt	26
Hilfswerke, Nonprofit, Soziales	24
Gewerkschaften	21
Gesundheit, Pflege, Pharma	21
Landwirtschaft	20
Verkehr & Logistik	16
Bauwirtschaft & Immobilien	15
Industrie & Energie	12
Kultur, Medien, Telekommunikation	12
Anderes	11
Versicherungen	8
Finanzen	6
Detailhandel & Gastronomie	6
Sport & Tourismus	5
Bildung & Forschung	4
Altersvorsorge	1

Quelle: <http://www.nzz.ch/lobbying-im-bundeshaus/>



## 2. Parlamentarischer Entscheidungskomplex

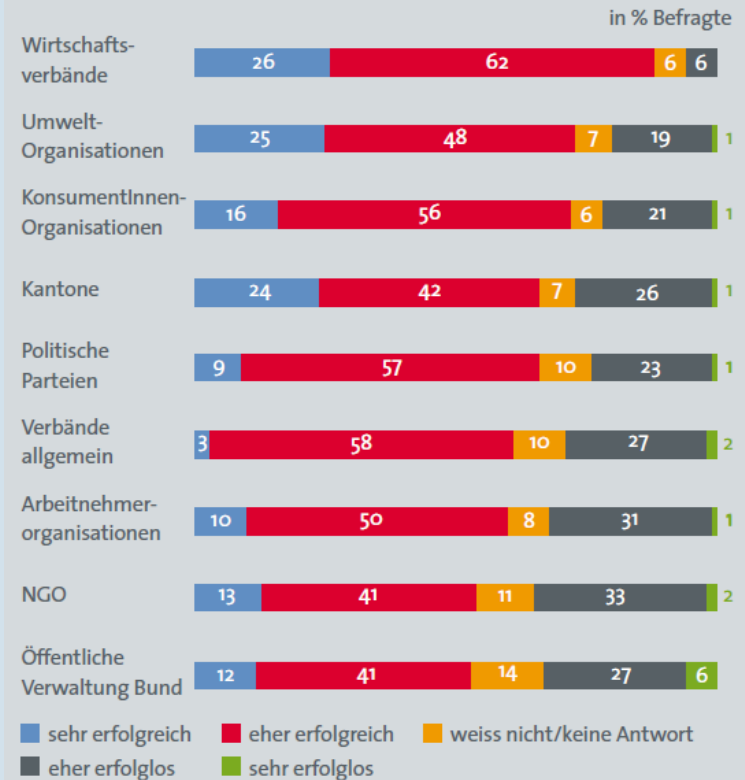
### Erfolg von Lobby-Organisationen

- Studie «Lobbying Survey Switzerland 2011»
- n = 143 Stakeholder aus Politik und Wirtschaft
- Intensives und erfolgreiches Lobbying von Wirtschaftsverbänden, Umweltorganisationen und dem Konsumentenschutz

Quelle: gfs.bern 2011

#### Erfolg Lobby-Organisationen (1)

Uns interessieren auch die im Lobbying tätigen Organisationen. Sie sehen in der Folge eine Liste von Organisationen oder Interessengruppen. Beurteilen Sie bitte auch für jede Organisation/Interessengruppe, ob diese in der Schweiz sehr erfolgreich, eher erfolgreich, eher erfolglos oder sehr erfolglos lobbyiert.



## 2. Parlamentarischer Entscheidungskomplex

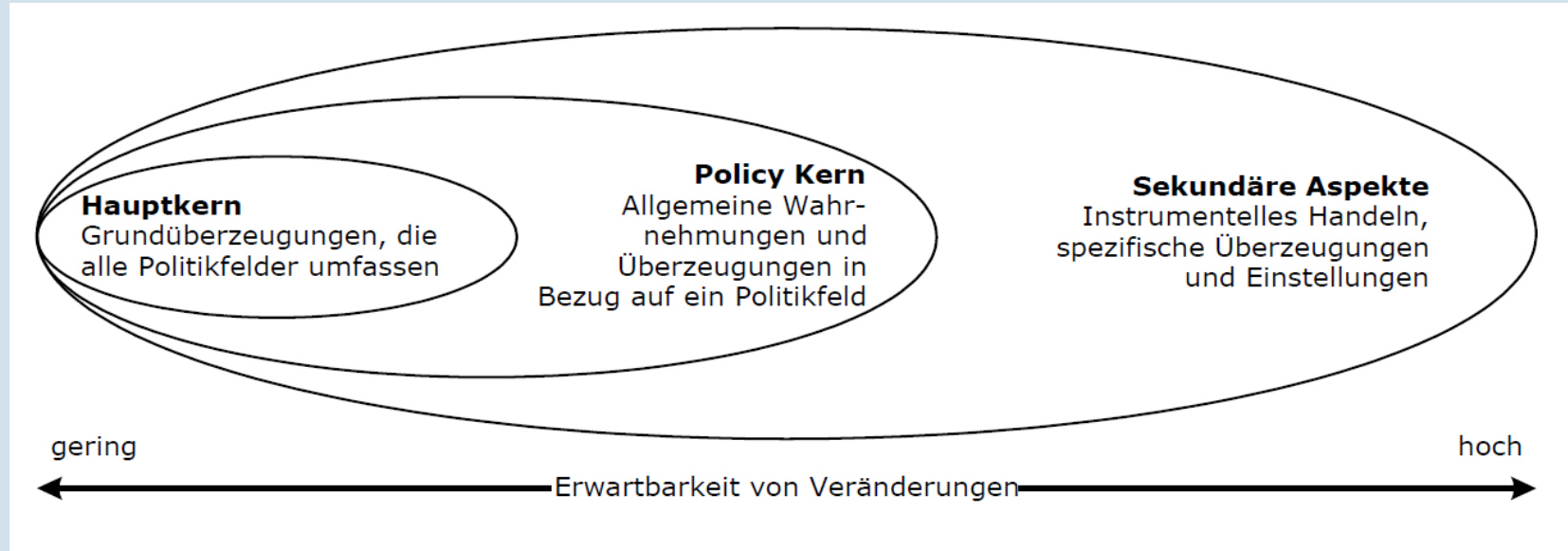
Wann setzt sich ein politisches Anliegen durch?

«**Advocacy Coalition Framework**» von Sabatier & Jenkins-Smith

- Akteure bilden auf der Basis gemeinsamer Wert- und Glaubenssysteme («Belief Systeme») Koalitionen, im Rahmen welcher sie sich koordinieren.
- Akteure haben nicht nur Wertvorstellungen, sie besitzen auch Ressourcen; diese sind zentral für den Erfolg eines Akteurs respektive einer Koalition.
- Politikfelder werden dominiert durch im Wettbewerb stehende Koalitionen.
- Ziel einer jeden Koalition ist es, ihre Werte in Politikprogramme zu verwandeln.

## 2. Parlamentarischer Entscheidungskomplex

### Drei Beliefebenen gemäss «Advocacy Coalition Framework» (1)



Quelle: Bandelow 2003

## 2. Parlamentarischer Entscheidungskomplex

### Drei Beliefebenen gemäss «Advocacy Coalition Framework» (2)

	Charakter	Reichweite	Dynamik	Beispiele
Hauptkern	Fundamental, normativ	Policy-übergreifend	Sehr gering, langfristig stabil	Bedeutung von Werten wie: <ul style="list-style-type: none"><li>▪ Freiheit</li><li>▪ Markt</li><li>▪ Selbstverantwortung</li></ul>
Policy Kern	Fundamental, innerhalb eines Politikfelds	Beschränkt auf ein Politikfeld	Gering, schwer veränderbar	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Bedrohlichkeit eines Problems</li><li>▪ Risikowahrnehmung</li><li>▪ Verteilung der Aufgaben Staat–Unternehmen</li></ul>
Sekundäre Aspekte	Instrumentell, zur Durchsetzung des Policy Kerns	Spezifisch für ein Politikfeld	Mittel bis hoch, leicht veränderbar	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Auswahl und Ausgestaltung von Instrumenten</li></ul>

## 2. Parlamentarischer Entscheidungskomplex

### Drei Beliefestebenen gemäss «Advocacy Coalition Framework» (3)

Beispiel Familienpolitik

konservativ



vs.

sozial-liberal



Quelle: verkürzt nach Binder et. al. 2003, S. 186 (nur zwei von drei Koalitionen berücksichtigt)

## 2. Parlamentarischer Entscheidungskomplex

	Konservativ	Sozial-liberal
Hauptkern	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Familie: Grundlage der Gesellschaft</li><li>▪ Sicherheit gegen Armut</li><li>▪ Sozialisierung in Zwei-Eltern-Familie am ehesten erfolgreich</li><li>▪ Frau in erster Linie Mutter</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Individuum: Grundlage der Gesellschaft</li><li>▪ Chancengleichheit für alle</li><li>▪ Sozialisierung gelingt in Zwei-Eltern-Familie ebenso wie in Patchwork-Familien</li><li>▪ Frau und Mann gleiche soziale Rolle</li></ul>
Policy Kern	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Familienpolitik als Armutspolitik</li><li>▪ Unterstützung von finanziell schwachen Haushalten (subsidiär)</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Familienpolitik als Gleichstellungspolitik</li><li>▪ Potenzielle Unterstützung für alle Haushalte mit Kindern (interventionistisch)</li></ul>
Sekundäre Aspekte	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Instrumente sind Zulagen, familienexterne Kinderbetreuung</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>▪ Flächendeckende Infrastruktur für familienexterne Kinderbetreuung</li></ul>

Quelle: verkürzt nach Binder et. al. 2003, S. 186 (nur zwei von drei Koalitionen berücksichtigt)

### Ressourcen im «Advocacy Coalition Framework»

- Akteure haben nicht nur Wertvorstellungen, sondern sie versuchen in einem Politikfeld ihre Ziele durchzusetzen.
- Ressourcen helfen den Akteuren, ihre Ziele zu verwirklichen.
- Unterschiedliche Arten von Ressourcen (Sabatier & Weible 2007): Autorität politische Entscheidungen zu treffen, als einflussreich eingeschätzt werden, Personalbestand, finanzielle Mittel, Zentralität innerhalb und zwischen den Koalitionen, usw.
- «Belief Systeme» und Ressourcen sind ein Schlüssel, um Abläufe in einem Politikfeld erklären zu können.

## 2. Parlamentarischer Entscheidungskomplex

### Politikwandel im «Advocacy Coalition Framework»

- **Graduelle Veränderungen** der «Belief Systeme» durch Veränderung von Sekundären Aspekten infolge Lernens («Minor Policy Change»)
- **Schockartige Veränderungen** der «Belief Systeme» durch Veränderung der Kernwerte infolge externer Schocks («Major Policy Change»)

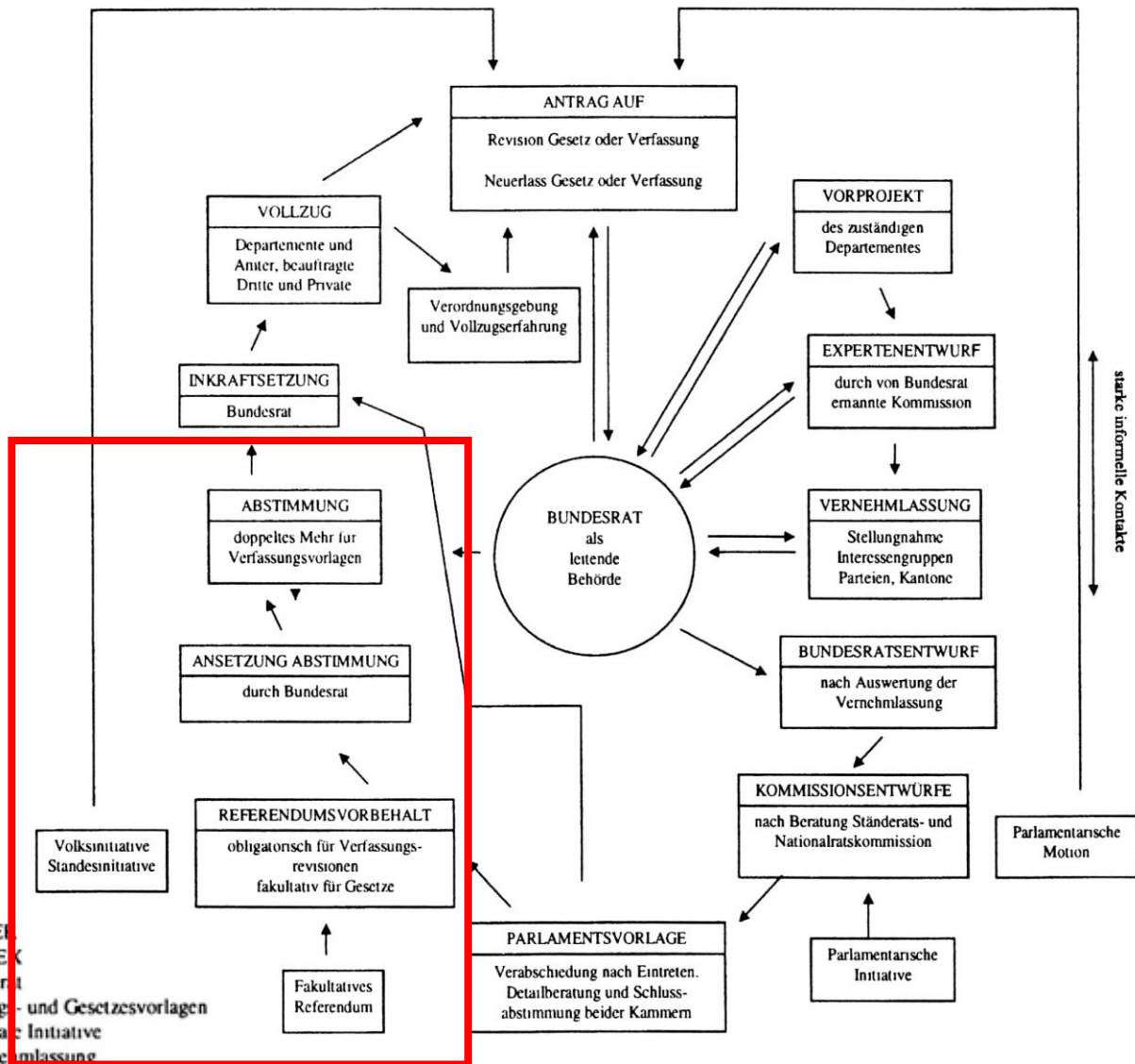




Departemente, Ämter,  
Beauftragte Dritte,  
Private, Kantone

# Direktdemokratischer Entscheidungskomplex

Wahlen National- und Ständerat  
Nachentscheidung Verfassungs- und Gesetzesvorlagen  
Verfassungsinitiative, kantonale Initiative  
und Mitwirkung an der Vernehmlassung  
nach kantonalem Recht



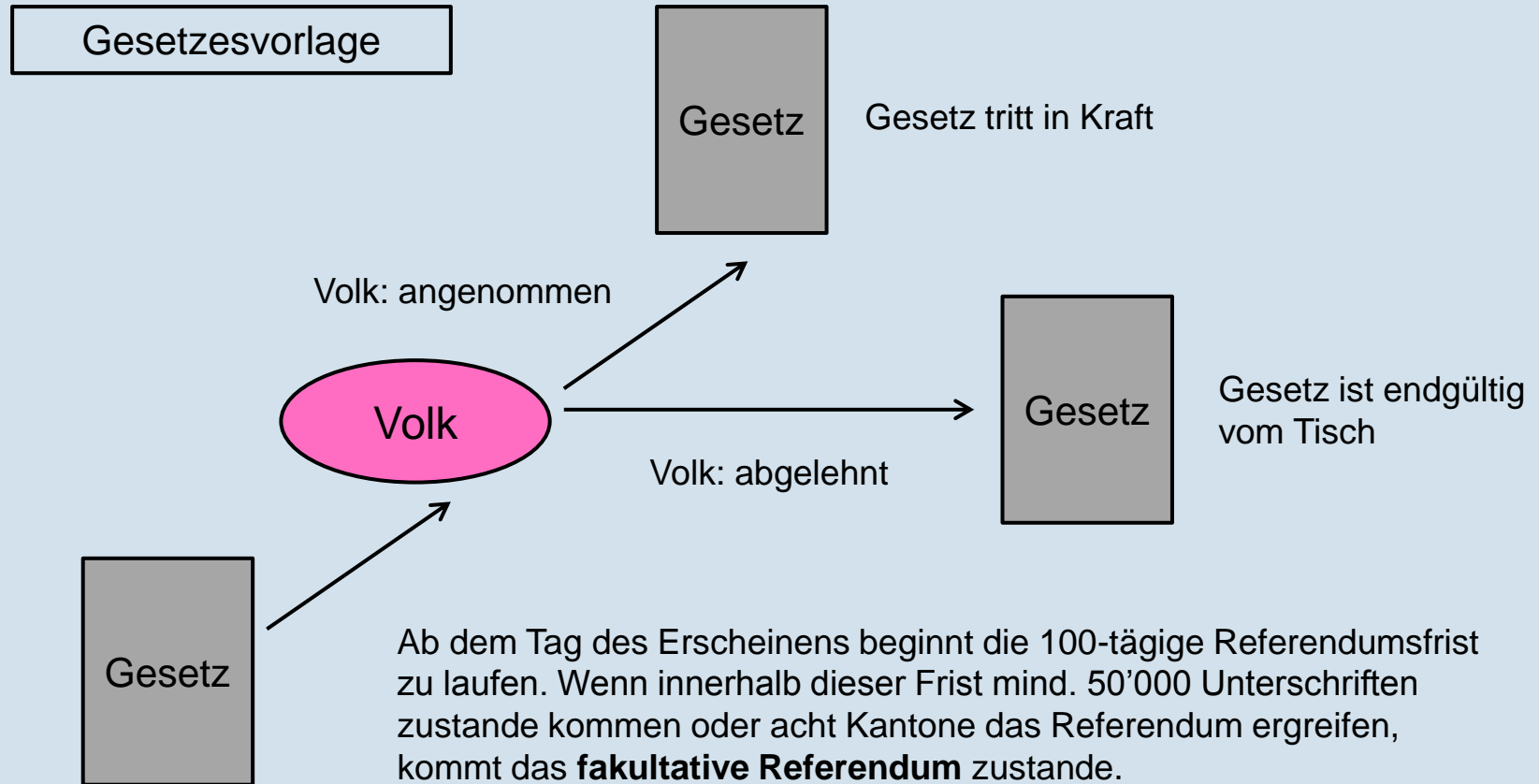
Vollzugsbeteiligte  
Interessengruppen  
Beratende Kommissionen  
Expertenkommissionen des  
Bundesrates

Zwei gleichberechtigte Kammern  
mit je 12 ständigen Kommissionen  
und 11 gemeinsamen Delegationen  
und Kommissionen  
Differenzbereinigungsverfahren  
Fraktionen und informelle  
Interessengruppen

### 3. Direktdemokratischer Entscheidungskomplex

- Eine Vorlage kann nach der parlamentarischen Phase in Kraft gesetzt werden.  
→ Aber: Referendumsvorbehalt
- Referendumsphase als «Damoklesschwert» das über dem gesamten Verfahren schwebt.
- Referendumsvorbehalt:
  - *Obligatorisch* für Verfassungsrevisionen (obligatorisches Referendum; doppeltes Mehr von Volk und Kantonen)
  - *Fakultativ* für neue Gesetze und Gesetzesänderungen (fakultatives Referendum; einfaches Volksmehr)
- Wird bei Gesetzesvorlagen das Referendum ergriffen, folgt die direktdemokratische Nachentscheidung. → Ansetzen einer Abstimmung durch den BR und Abstimmung.

### 3. Direktdemokratischer Entscheidungskomplex



#### Wirkungen von Referenden

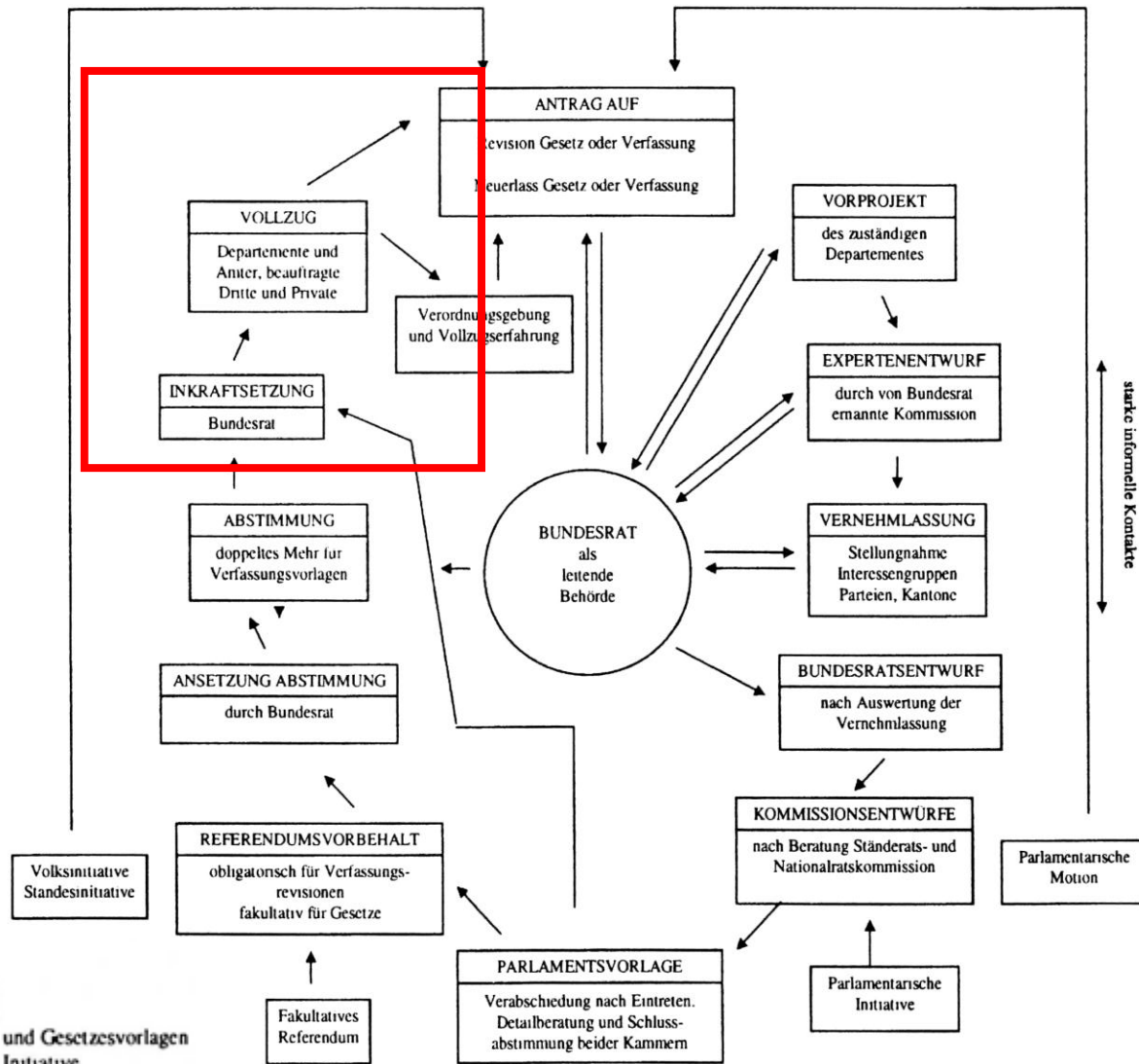
- Konsensbildende Funktion (Konkordanzzwang)
- Integration von Minderheiten, generell: Höhere Einbindung Bürger/-innen
- Innovationshemmende Wirkung: Notwendigerweise breiter Kompromiss, kleinster gemeinsamer Nenner
- Bremsende Wirkung auf die Staatsentwicklung
- Einschränkung der Macht des Parlaments
- Erhöhung der Legitimation der Entscheidung

#### Wirkungen von Initiativen

- Volksinitiative ist ein Instrument der politischen Innovation; Volksinitiative als «Motor des politischen Systems»
- Aber geringe Erfolgsrate: Gründe «Confused? Many are. Play safe, When in doubt, vote NO» (Gruner & Hertig 1983)
- Volksinitiative hat verschiedene Funktionen:
  - Initiative als Ventil der Opposition
  - Initiative als Motor im Gesetzgebungsverfahren und Verhandlungspfand
  - Initiative zur Thematisierung von Politiken
  - Initiative als Wahlhelfer

Departemente, Ämter,  
Beauftragte Dritte,  
Private, Kantone

DIREKTDEMOKRATISCHER  
ENTSCHEIDUNGSKOMPLEX  
Wahlen National- und Ständerat  
Nachentscheidung Verfassungs- und Gesetzesvorlagen  
Verfassungsinitiative, kantonale Initiative  
und Mitwirkung an der Vernehmlassung  
nach kantonalem Recht

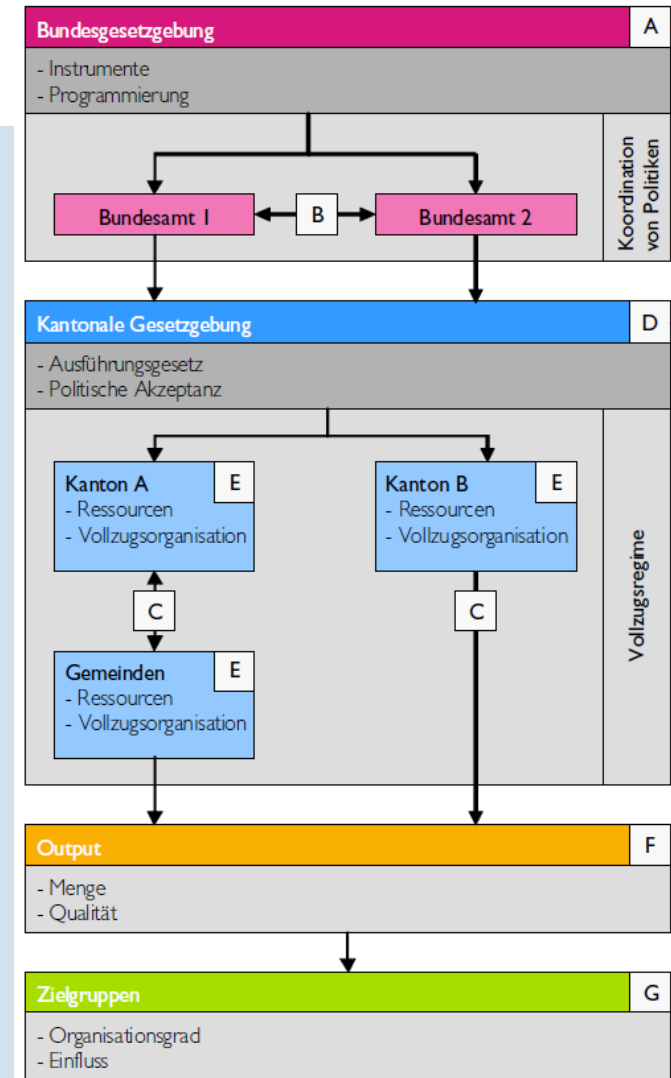


Parlamentarische Motion	<b>PARLAMENTARISCHER ENTSCHEIDUNGSKOMPLEX</b> Zwei gleichberechtigte Kammern mit je 12 ständigen Kommissionen und 11 gemeinsamen Delegationen und Kommissionen Differenzbereinigungsverfahren Fraktionen und informelle Interessengruppen
----------------------------	--

## 4. Vollzugskomplex

Was versteht man unter **Vollzugsföderalismus**?

- Politikvollzug ist geprägt von den strukturellen Eigenheiten der Schweiz.
- (Rahmen-) Gesetzgebung durch den Bund – Konkretisierung der Gesetze und Vollzug durch die Kantone. → Subsidiaritätsprinzip
- Oftmals Delegation an die Gemeinden.
- Vollzug als sozialer Prozess, in dessen Verlauf die Akteure ihre Interessen, ihre Macht und ihre Einflussmöglichkeiten geltend machen.



## 4. Vollzugskomplex: Beispiele für den nationalen Vollzug

Zuständigkeit		Beispiele für öffentliche Politiken
Nationaler Vollzug	Eine oder mehrere Verwaltungseinheiten des Bundes	<ul style="list-style-type: none"><li>– Bundesamt für Verkehr mit Bau der Nationalstrassen</li><li>– Aussenpolitik</li><li>– Entwicklungszusammenarbeit</li><li>– Forschungspolitik</li></ul>
	Verwaltungseinheiten Bund mit dezentralen Agenturen	<ul style="list-style-type: none"><li>– Regionale Arbeitsvermittlungszentren</li><li>– Invalidenversicherung</li><li>– Zoll, Grenzwachtkorps</li></ul>
	Zentrale Stellen des Bundes mit parastaatlichen Organisationen	<ul style="list-style-type: none"><li>– Heilmittelkontrolle</li><li>– Zuteilung von Organen</li></ul>
	Netzwerke von nationalen Akteuren	<ul style="list-style-type: none"><li>– Arbeitsmarktregulierung</li></ul>



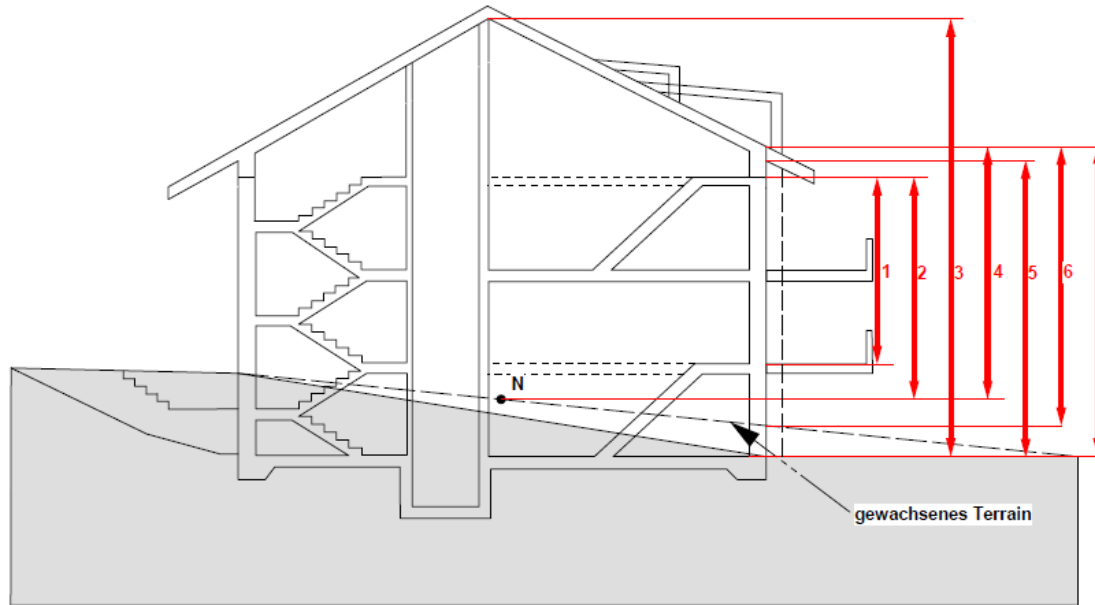
## 4. Vollzugskomplex: Beispiele für den föderalen Vollzug

Zuständigkeit		Beispiele für öffentliche Politiken
Föderaler Vollzug	Zentral durch eine oder mehrere kantonale Verwaltungen	<ul style="list-style-type: none"><li>– Energiepolitik</li><li>– Forstpolitik</li><li>– Zivilschutz</li></ul>
	Dezentral durch kommunale Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"><li>– Volksschule</li><li>– Sozialhilfe</li></ul>
	Gemischt: Verbund von kantonalen und kommunalen Verwaltungen	<ul style="list-style-type: none"><li>– Teile des Natur- und Heimatschutz</li><li>– Lärmvorschriften (LSV)</li><li>– Teile der Energiepolitik</li></ul>
	Kantonale oder kommunale Stellen gemeinsam mit parastaatlichen Organisationen	<ul style="list-style-type: none"><li>– Drogenpolitik</li><li>– Tabakprävention</li><li>– Flüchtlingspolitik</li></ul>
	Netzwerke mit Beteiligung öffentlicher und privater Akteure	<ul style="list-style-type: none"><li>– Förderung erneuerbarer Energien</li><li>– Umweltverträglichkeitsprüfung</li></ul>

## 4. Vollzugskomplex: Formen des föderalen Vollzugs

### Gebäudehöhe Hauteur d'une construction (Stand Juli 2004)

- 1 LU, ZG (geändert 2000)
- 2 OW
- 3 VS (geändert 2004)
- 4 AI, SG, AR (ab 2004)
- 5 NW
- 6 AG, SZ, TG, ZH
- 7 BE, FR, GL, SO



Wie wird die Gebäude-  
höhe gemessen?

## 4. Vollzugskomplex: Drei Arten von Vollzugsdefiziten

- **Faktisches Vollzugsdefizit**

Das Gesetz sieht zwar ausreichende Möglichkeiten zum Vollzug vor, die Verwaltung vollzieht das Recht aber nicht oder nur zum Teil.

→ Mögliche Gründe:

- Fehlen von Ressourcen (Wissen, Finanzen, Personal)
- Widerstand von Zielgruppen
- Politik in den Kantonen oder Gemeinden

## 4. Vollzugskomplex: Drei Arten von Vollzugsdefiziten

- **Strukturelles Vollzugsdefizit**

Das Gesetz sieht keine ausreichenden Möglichkeiten vor, die einen angemessenen föderalen Vollzug zulassen würden.

→ Mögliche Gründe:

- Fehlen von Kompetenzen der nationalen oder kantonalen Behörden
- Fehlen der für den Vollzug notwendigen Instrumente im Gesetz
- Dissens bei der Politikformulierung

- **Materielles Vollzugsdefizit**

Darunter fassen wir Defizite im Vollzug zusammen, die auf materielle Mängel in den Gesetzen zurückzuführen sind, die erst im Nachhinein als Fehler erkannt werden.

→ Mögliche Gründe:

- Unzureichende Erfahrungen und Informationen bei der Gestaltung von Gesetzen (Grenzwerte für Mikropartikel sind zu hoch, weil man diese früher gar nicht messen konnte)
- Technische Entwicklung oder aber wissenschaftliche Erkenntnisse, die Festlegungen im Gesetz überholen (z.B. Regulierung des Urheberrechtes, welches durch das Internet überholt wird)

## 4. Vollzugskomplex: Vor- und Nachteile

### **Vorteile** des Vollzugsföderalismus:

- Möglichkeit autonomer Programmgestaltung
- Lösungen sind den regionalen Bedingungen angepasst
- Politische Entscheide werden möglichst nahe bei den Betroffenen gefällt
- Machtkonzentration kann verhindert werden
- Lässt Raum für Innovationen

### **Nachteile** des Vollzugsföderalismus:

- Unterschiedlicher Vollzug in den Kantonen
- Gefahr der Ungleichbehandlung
- Ungleiche Ressourcen der Kantone
- Hohe Kosten

- Bandelow, Nils C. (2003): Policy Lernen und politische Veränderungen, in: Schubert, Klaus; Bandelow, Nils C. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. München: Oldenbourg, 289–330.
- Binder, H. et. al. (2003): *Zustandsanalyse der Familienpolitik auf kantonaler und kommunaler Ebene*. Luzern/Zürich (unveröffentlicht).
- Brunetti, Aymo (1997): “Der Status Quo Bias und die bremsende Wirkung des fakultativen Referendums”, in: Borner, Silvio; Rentsch, Hans (Hrsg.): Wie viel direkte Demokratie verträgt die Schweiz? Chur/Zürich: Verlag Rüegger.
- Gruner, Erich; Hertig, Hans Peter (1983): Der Stimmbürger und die „Neue“ Politik. Bern: Haupt.
- Kingdon, John W. (1984). Agendas, Alternatives, and Public Policies. Boston: Little, Brown & Co.
- Linder, Wolf (2012): Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven. Bern, 2012.
- Sabatier, Paul A. (1993): Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik, in: Héritier, Adrienne (Hrsg.): Policy Analyse. Kritik und Neuorientierung (PVS-Sonderheft 24). Opladen: Westdeutscher Verlag, 116– 48.